

Das gegenseitige Beschenken mit Bildern, Plastiken etc. bei Geburtstagen und anderen Festlichkeiten wurde in der NS-Führung rasch zu einem Ritual von zentraler Bedeutung. Durch diese kostbaren Geschenke etablierte sich die Spitze der NSDAP als eine distinkte neue Elite. Petropoulos sieht darin eine Besonderheit der NS-Diktatur: »there is no precedent in modern history for an entire leadership corps concerning itself with aesthetic matters« (S. 309). Er macht dabei deutlich, daß Hitler und die anderen NS-Größen Kunst immer nur als Ausdruck und Symbol von Macht verstanden. Lediglich diese politische Funktionalisierung der Kunst begründete ihre ästhetischen Interessen.

*Peter Ott, Erlangen*

Katrin Dördelmann, *Die Macht der Worte. Denunziationen im nationalsozialistischen Köln*, Emons Verlag, Köln 1997, 209 S., geb., 48 DM.

Vor zehn Jahren wäre eine Studie über Denunziationen in einer Großstadt des »Dritten Reiches« noch eine Sensation gewesen. Heute jedoch fügt sie sich ein in eine sich allmählich verdichtende neue politische »Landvermessung« der NS-Ära, setzt sie einen bereits vollzogenen Perspektivenwechsel stringent fort. Denn das jahrzehntelang haltbare Modell, das die »Bevölkerung« und das »Regime«, die »einfachen Leute« und die »Nazis« verbindungslos und möglichst antagonistisch gegenüberstellte, das den einen Ohnmacht, den anderen Allmacht zusprach und die Abstrafung von Abweichlern mit dem Hinweis auf die allgegenwärtigen Propaganda-, Kontroll- und Terrorinstrumente erklärte, ist fragwürdig geworden. In ihm manifestierte sich eine kollektive Entlastungsstrategie aller Deutschen, die keine (leitende) Position im »Dritten Reich« eingenommen hatten, kamen Verdrängungen und Wahrnehmungsblockaden zum Ausdruck, die ausblendeten, daß an der gesellschaftlichen Basis nicht nur Passivität, sondern auch rege Betriebsamkeit herrschte, daß freiwillige Anzeigen von Kollegen, Nachbarn, Freunden und Bekannten, ja Ehepartnern und Kindern die Schreibtische der Gestapo füllten. Dank dieser Erkenntnis steht die Analyse der Beziehungen zwischen Herrschaftsapparat und den formal nicht eingebundenen Bevölkerungsteilen nun im Zentrum der Forschung, verwandelt sich Terror zunehmend von einem polizeilichen in ein gesellschaftliches Phänomen, wird der konsensuale Rahmen dieses Terrors hinterfragt.

Katrin Dördelmann, derzeit wissenschaftliche Angestellte beim Kölner Frauengeschichtsverein, hat dazu ein gutes, eindringliches Buch geschrieben, das unser Wissen vertieft, den Blick auf dieses Phänomen öffnet und erweitert. Dennoch läßt der Band – dies vorab – manche Wünsche offen. Abgesehen davon, daß es schmerzt, lesen zu müssen, daß die Autorin ausgerechnet dem Rezensenten »völlige Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensbedingungen von Frauen« (S. 42) vorwirft, ist vor allem das Fehlen dreier Aspekte bedauerlich: Zum einen vermißt man jeglichen Versuch einer – gewiß problematischen – Quantifizierung. Aber die Frage, wo und wann, in welchen Deliktbereichen und Schichten Denunziation wirklich eine Massenerscheinung war, verlangt solidere Daten insbesondere dann, wenn sie vergleichend beantwortet werden will. Zum zweiten fehlt vollständig die Dimension der Konfession, die gerade bei einer dominant katholischen Großstadt wie Köln von Interesse ist. Gewiß lassen die Quellen – benutzt wurden in der Hauptsache Sondergerichts-, Entnazifizierungs- und Spruchkammerakten – in aller Regel keine Aussagen über Kirchennähe und -ferne der Akteure zu. Doch allein der – hier rein hypothetisch formulierte – Befund, daß der Anteil katholischer Denunzianten prozentual adäquat dem städtischen Katholikenanteil wäre oder aber signifikant abwich, hätte Brisanz, führte auf ein Terrain, über das wir noch kaum etwas wissen. Zum

dritten sucht man – gerade vor dem Hintergrund der noch aktuellen Goldhagen-Debatte – leider vergebens Antworten auf die Frage nach dem Stellenwert von Denunziation im Rahmen der Shoa. Dabei dürften gerade Quellen dieser Art erheblichen Aufschluß über die Verbreitung des Antisemitismus, über den Grad rassistischer Radikalisierung, über das spezifische Maß populärer Mitarbeit versprechen.

Andererseits aber wird der Leser durch sieben (sehr) dichte Beschreibungen entschädigt, Fallstudien, die die Interaktion der Beteiligten und ihre jeweiligen Beziehungen zu Vertretern von Staat und NSDAP detailliert aufrollen und deutlich machen, welche vielschichtigen und komplexen Vorgänge sich hinter dem verallgemeinernden Oberbegriff »Denunziation« verbergen. Sie gehen sensibel den Fragen nach, wer, wie und durch wen angezeigt wurde, welchen Weg die Anzeige nahm, wie »Meckerei« von »oben« politisiert wurde, welche Wahrnehmungsmuster, Projektionen und Feindbilder dabei den Blick bestimmten. Und sie legen dar, wie Denunzianten private und halböffentliche Räume für das Regime öffneten, persönliche Konflikte und Feindschaften staatliches Eingreifen reklamierten, Haß und Mißgunst, Konkurrenz und Rachebedürfnisse ein Ventil suchten und fanden, wie unterstellte Intimität und Solidarität fragil wurden, Schweigespiralen und Sprechverbote entstanden. Diese sieben Geschichten – die immerhin Dreiviertel des Buches ausmachen – sind vorzüglich recherchiert, intensiv und zugleich behutsam interpretiert und überdies spannend zu lesen. Wer in der bisherigen Diskussion über Denunziation reflektierte Konkretion allzusehr vermißte, der wird sie hier in reichem Maße finden.

*Klaus-Michael Mallmann, Saarbrücken*

Wolf Gruner, Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Metropol Verlag, Berlin 1997, 384 S., kart., 42 DM.

Die Dissertation von Wolf Gruner befaßt sich mit der jüdischen Zwangsarbeit im »Dritten Reich« zwischen 1938 und 1943. Bis 1938 zielte die antijüdische Politik der Nationalsozialisten auf die vollständige Vertreibung der deutschen Juden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte zwar die Verfolgung zur Emigration von 129 000 deutschen Juden geführt, doch blieben immer noch viele alte und arme – und damit nicht emigrationsfähige – Juden zurück. Der Arbeitszwang war zunächst nur bei verarmten Juden vorgesehen, wurde aber im April und Mai 1940 auch auf nichtbedürftige Juden ausgedehnt, bis im Herbst 1940 alle »einsatzfähigen« Jüdinnen und Juden zwangsverpflichtet waren. Im Sommer 1941 waren mehr als 50 000 deutsche Juden – und damit 90 Prozent aller Arbeitsfähigen – als Zwangsarbeiter eingesetzt. Verantwortlich für die Organisation des »Geschlossenen Arbeitseinsatzes« war die Reichsarbeitsverwaltung, die auch 38 Arbeits- und Wohnlager einrichtete. Weitere 125 Lager existierten unabhängig vom KZ-System. Erst die »Fabrikaktion« vom 27. Februar 1943 beendete den Zwangsarbeitseinsatz von Juden im Reich durch Deportation.

Gruners Arbeit bestätigt mehrere bereits bekannte Forschungsergebnisse, u. a. die These, daß die Judenverfolgung nach dem Novemberpogrom eine erneute Radikalisierung erfuhr, daß weit mehr Behörden – vor allem auch die Reichsarbeitsverwaltung – an der Judenverfolgung beteiligt waren, als die ältere Literatur meinte, und daß verschiedene Institutionen miteinander rivalisierten (so hätten auch die SS oder die DAF gern die Verfügungsgewalt über die Juden im Geschlossenen Arbeitseinsatz erhalten). Deutlich wird auch, welche regionalen Differenzen in der Behandlung der Juden existierten, was wiederum die These bestätigt, daß die Judenverfolgung lange Zeit »von un-